

Ergebnis täglich frisch  
7 Uhr in der Spezialität  
Bauernfrühstück 18. Pfennig  
Kaffeekränzchen 18. Pfennig  
Brot & Käse durch die  
Welt 25 Pf. Einzelne  
Räumungen 1 Pf.  
Auflage: 21.000 Exempl.

Zug bis Südbahn eingetragen  
jeder Schnupperreise  
muss ihm die Reaktion  
nicht verbürgen.

Ausserdem Annonce aus  
westlich: Haussaale und  
Vogel in Hamburg, Berlin,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hod. Nasse in Berlin,  
Gera, Wien, Hamburg,  
Frankfurt a. M., Mann-  
heim — Deutsches & Co. in  
Frankfurt a. M. — Fr.  
Volgt in Chemnitz — Ha-  
ven, Laubis, Bullers & Co.  
in Berlin.

Reiseabfahrt nach Dresden  
am 15. April um 10 Uhr. Die  
Zeit: 6 bis 8 Uhr. Die  
Strecke: große Städte  
gibt es bis 8 Uhr. Der  
Raum einer ein-  
heitlichen Bahnlinie folgt  
15 Uhr. Einzelne die  
Strecke 3 Tage.

Sonstige für zu-  
reisende Güter sind  
nicht erlaubt.

Auswärtige Ausgaben  
ausgestellt von uns über-  
nommen. Jeder zu Besuch  
leben unterrichtet mit  
gegen **Bauernfrühstück**  
Schnupperreise durch die  
Welt oder Pauschalreise  
100 Pf. Auswärtige  
fassen die Befreiung auch  
auf eine Dresdner Zeitung  
annehmen. Die Cr.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigentum der Herausgeber: Liebsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redakteur: Julius Reichardt.

Nr. 132. Achtzehnter Jahrgang.

Mitredakteur: Dr. Emil Bierley.

Für das Heftleben: Ludwig Hartmann.

Dresden, Montag, 12. Mai 1873.

## Politisches.

Die Aufmerksamkeit der deutschen Reichstagsabgeordneten richtet sich jetzt lebhaft auf die Münzgesetzfrage, welche in dieser Woche zur Entscheidung gelangt. Die Parteien, welche ehrlich mit dem Thalerystem brechen wollen und der Goldwährung faktisch zur allgemeinen Geltung verhelfen möchten, können sich mit der Weigerung des Bundesrates, das Staatspapiergebeld kleiner Appoints nicht befreien zu wollen, nicht befriedigen. Ob 100 Mark oder nach des lachlichen Abgeordneten Adermann Antrag 50 Mark das Minimum der Papier scheine werden soll, hält man für eine offene Frage, der ja die Verständigung folgen werde. Ebenso neigt die Mehrheit für Adermann's Antrag: erst 1877 die endgültigen Einführung und Umwandlungen mit Gehegekraft auszustatten. Aber von kleinen Papiergebeld will man nichts wissen, das sollte eben durch Goldstücke erzeugt werden, die nun und nimmermehr ins Mollen kämen, wenn die bequeme Gewohnheit der kleinen Papier scheine fortdurete. Es fehlt in den Debatten, wie wir geschehen würden, wiederum nicht an Ausfällen gegen Sachsen. Ebenso nähren sich die nationalliberalen Zeitungen von dem moralischen Entsetzen: wie viele Vortheile Sachsen von seinen 12 Millionen unverzinslichem Staatspapiergebeld habe. Die Herren vergessen aber ganz, dass Sachsen diese Vortheile zum Besten des Landes weise verwendet hat und Finanzgeschäft besitzt, um die es vielerlei beseitigt wird. Ein Scheitern des Münzgesetzes an der untergeordneten technischen Frage, wieviel und in welchen Abschnitten künftig Staatsnotengeld circulieren solle, befürchtet man nicht. Verzögert wird das Münzgesetz jedenfalls durch die Weigerung der Regierungen, das Zweimarkstück anzunehmen. Man spricht sogar davon, die ganze Münzvorlage würde nach der Annahme des Zweimarkstückes dem Reichstag in veränderter Fassung nochmals zugehen.

Aus Wien lauten die Nachrichten leidenschaftlich erfreulich. Der Wiener Coursettel eröffnet gestern mit lauter Rufen ausgetüftelt, d. h. es gab gar keine Geschäfte, keine Course. Am meisten müssen wieder die kleinen Leute in den österreichischen Kronländern unter dem groben Krach der Wiener Börse leiden. Mag es gut oder schlimm, weise oder thöricht sein — fast jeder hat einen Theil des Seinen dem Wiener Börse anvertraut. Wie sich die Regierung zu dem vom Börsenvorstand erbetenen Moratorium verhalten wird, d. h. zu einem Decret, wonach alle an bestimmte Freistadt gebundene Zahlungen und Lieferungen vorläufig gestundet werden sollen, ist noch nicht entschieden. Durch Zusammenschluss der größeren Firmen sind an 40 Millionen Gulden aufgebraucht worden, womit die zunächst drohenden Bankrotte eintheilen aufgehoben werden sollen. Die schon als unbezahbar verschrieenen Wiener Ausstellungsschwindelpreise sollen, wie man aus Wien meldet, abermals um 10—15% gestiegen sein. Daneben nimmt sich die tröstliche Behauptung der Wiener Zeitungen curios aus: es fehle in Wien gar nicht an Geld, bloß an Kredit.

Ein etwas unerfreuliches Bild stellt jetzt die Schweiz dar. Mit der vielgepriesenen demokratischen Einrichtung des Referendum macht man böse Erfahrungen. Das Referendum ist jenes Volksrecht, wonach jeder Plebiscit der Volksvertretung in einer allgemeinen Volksversammlung nochmals durchberaten wird und angenommen oder abgelehnt werden kann, wie es dem Volke beliebt. Nun sind in der Schweiz justlement wie anderswo die kleinen Beamtengehalte ganz unzulänglich geworden. Das sah denn auch die Volksvertretung ein und besetzte wenigstens das höchste auf. Das Volk aber war weiser als seine Abgeordneten; es hat nie und nirgend für's Steuerzahlen geschwärmt und auch die biederer Urschweizer erwogen, dass die Erhöhung von Beamtengehalten in ihren Steuerfädel griffe — und das Volk lehnte in blindem Misstrauenseinde ab, was seine gebildeteren Vertreter gewählt hatten. Man sieht, auch in einer Republik geht nicht Alles immer nach Wunsch und Recht. Am Wenigsten in Spanien! Die armen geschundenen Minister — seiner Partei machen sie's Recht und stiegen bis über beide Ohren in Verlegenheiten. Den Bruder des edlen Don Carlos Bulnesch, Alfonso, hat man angeblich interciert. Nun heißt's, die Carlisten würden mänschenstill bleiben, bis die Regierung die Armee aufgelöst habe. Dies würde diese — angeblich — thun, sobald der Aufstand besiegt wäre. Dann aber wollen die edlen Carlisten vicibus unitis auf's Neue loswühlen und loschlagen. Sind die höllau! Der neue Kriegsminister Pierrad, welcher der Demoralisierung der Armee ernstlich entgegentreten will, wird das seige Spiel der Carlisten wohl bald durchschauen.

In Frankreich herrscht momentan Ruhe, vielleicht die Ruhe vor dem Sturme, der am 19. Mai in der Nationalversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt losbrechen soll. Das Thiers vorher eine Radikalismus seines Ministeriums vornehmen würde, wird heute von seinem wichtigsten Journal bestätigt. Auch nach dem 19. Mai wird Thiers nicht republikanischer werden, als er bisher war. Es ist das eben die Signatur der Lage in Frankreich, dass der Präsident nur durch die Schwäche der Parteien regieren kann. Thiers führt wohl am liebsten, es ginge der Republik und dem Kaiserreich wie jenen zwei Löwen, „die gingen grimmlig und selband in einen Wald spazieren und haben einander wuthentbrannt, daselbst aufgezogen.“ Das berühmte Bild zu dieser Fabel stellt bekanntlich als Rest dieser Aufzeichnung die beiden — Schwärze dar.

In Russland macht man sich Sorge über das Verbleiben eines Theiles der Kubanerexpedition, von der nichts verlautet, als dass Oberst Kaufmann die letzte bekannte Station hat — niederbrennen lassen, vermutlich um seine Leute zum Vormarsch zu zwingen.

Auch aus Amerika lauten die Kriegsnachrichten nicht eben erbaulich. Der Feldzug gegen die Modoc-Indianer ist bis jetzt fehlgeschlagen. General Gillem, der nach Washington telegraphirte, alle Vorführungen waren getroffen, dass auch nicht ein Indianer ent-

schlüpfen könnte, sie würden bis auf den letzten Mann vernichtet werden, meldet nun ganz kleinlaut, dass es ihm gelungen wäre, die Indianer aus den Lazaretten zu vertreiben, von wo aus sie sich in die Ebenen „geflüchtet“ hätten und jetzt verfolgt würden! Aller Wortlauberei entkleidet, haben die Indianer also General Gillem überlistet und sind den Truppen richtig entschlüpft.

## Locales und Sachsisches.

Einiges Aufsehen macht jetzt in unserer Stadt die durch Rathsbeamte bewirkte Revision der Quittungsbücher über entrichtete Bürger-Steuern. Der Anlass dazu soll darin zu suchen sein, dass nach dem Ableben eines oberen städtischen Steuerbeamten sich in dessen Büchern ein Deficit von ca. 6000 Thlrn. vorgefunden hat, welches einer detaillierten Aufklärung bedarf.

Wenn man die vielen Beschwerden und Borneausbrüche gegen den langsam und weitaufgängigen Geschäftsgang unserer Baupolizei zusammenfassen und eine einzige gewaltige Klageschrift gegen dieselbe daraus formuliren könnte, die Oberbehörden würden wohl in die Lage kommen, diese und jene Handhabung der Baupolizei-Gewalt ernstlich zu tadeln und abzustellen. Ihrer Aufgabe: der Leitung der räumlichen Entwicklung unserer Stadt und der Entscheidung über die Zulässigkeit und Ausführungswise der einzelnen Bauprojekte kommt die Baupolizei wohl nach, aber der Geist, in welchem sie derselben nachkommt, der ist's, der die vielen Klagen hervorruft und diese Klagen scheinen uns auch — wenigstens zum Theil — einer Berechtigung nicht zu entbehren. Die vielfach veraltete Localbauordnung vom Jahre 1827 und eine Anzahl verschiedener Specialregulatoren des verschiedenen Alters bilden den Boden, auf welchem die Entscheidungen und Unterscheidungen dieser Behörde fußen; natürlich kann in diesen, meist eher weit früher getroffenen Verfassungen den jetzigen hiesigen Bedürfnissen und Verhältnissen nicht überall Rechnung getragen sein. Wir sind überzeugt, dass man meist bemüht ist, das Fehlende zu ergänzen, das Richtpassende in den Gegebenen dem jetzigen Bedürfnisse nach zu redigieren — aber trifft man überall das Rechte? Der Augenschein zwingt Einem fast täglich die Antwort: nein ab. An einem Beispiel aus den jüngsten Tagen werden wir dies beweisen. Viele aber hier und da schon die Lösung der Baufragen im Materialien zu wünschen übrig, so ist dies — noch so vielen Klagen — in ihrer formellen Behandlung hin und wieder noch weit schlimmer, ja hier scheint es geradezu planmäßig und berechnet zu sein, so verwüstet und weitaufgängig als nur möglich zu verfahren. Wenn irgendwo Zeit Geld ist, so ist sie es bei der Ausführung von Bauprojekten und wenn es irgendwo langsam geht, so geht's bei der beobachteten Prüfung und Entscheidung hinsichtlich solcher Projekte langsam. Wenden wir uns aber einigen materiellen Punkten der Baupolizeiordnung zu. Der Besitzer des Hauses Nr. 12 der Schlossstraße hatte — wir teilten dies schon neulich mit — in seinem fünf Etagen hohen Hause eine sechste Dachetage eingebaut und zwar auf Bitten einiger seiner verheiratheten Gewerbegehilfen und einiger von der Wohnungsnöth betroffenen Familien. Die Leute sind ganz glücklich, eine ganz comfortable und verhältnismäßig billige Wohnung gefunden zu haben. Jetzt ist ihnen aufgegeben worden, die Wohnungen zu verlassen, der Besitzer muss die Leute aus den hergerichteten Wohnungen herausziehen\*) z. B. Folgt die Baupolizei hier lediglich den antiquirten Anschauungen alter Verordnungen, ohne das jetzt so brennende Bedürfnis nach möglichst vielen Wohnungen zu berücksichtigen, oder folgt sie der Meinung, dass in den höheren Etagen die Feuergefährlichkeit oder die Gefahr für die Hochwohnenden erhöht werde? Im ersten Falle ist's — 80 pf. im anderen Falle lässt sich entgegenhalten, dass, so schön es ist, der möglichen Gefahr vorzubeugen, es jedenfalls unpraktisch erscheint, einen positiven Gewinn einer nur möglichen, wenn auch fast beispiellosen Gefahr wegen der Hand zu weisen. Je höher die Wohnungen gelegen sind, desto gefährlicher ist sie durchströmende Luft und eine Dachwohnung in der fünften bez. sechsten Etage kann nicht mehr Nebelstände haben, als eine in der vierten Etage gelegene, deren wir in der Stadt ja die schwere Menge haben. Ja, bei Epidemien ist es stets auffallend gewesen, dass diejenigen mehr in den der Erde näher gelegenen Wohnungen, namentlich in den Souterrains, Parterre, ersten und zweiten Etagen gehaust haben. Und sind Dachwohnungen, namentlich in der inneren Stadt, wo die reine Luft so nur ein schöner Gedanke ist, nicht jedenfalls gefährlicher als die erlaubten Souterrainwohnungen? Wir meinen doch! Mit solchen Gröterungen und wenn man namentlich Umschau hält und Häuser, die zu ziemlich gleicher Zeit entstanden und unter denselben äußerlichen Bedingungen gebaut sind, mit einander vergleicht und sieht, dass hier das erlaubt, was dort verboten wurde, kommt man zu der Meinung, dass die vorliegenden geleglichen Bestimmungen doch nicht so prägnante sein müssen, denn es blieb sehr viel — Willkürlichkeit hervor. Ein uns noch unbegreifliches Verbot in der städtischen Bauordnung lernten wir neuerlich kennen. In manchen Straßen — z. B. Waisenhausstraße — sollen große Neubauten nur drei Etagen haben, wobei aus beforderter Gefälligkeit eine Dachetage nachgelassen bleibt. Warum darf hier ein großes Haus nicht mit vier Etagen gebaut werden? Warum? Vergebens suchen wir haltbare Gründe — wir finden keine. Die Straße ist nur 15 Schritt breit und hat 11 vierstöckige Häuser, die Schloßstraße mit 19 Schritt Breite hat 27 vierstöckige Gebäude, es werden an verschiedenen Orten der Stadt vierstöckige Häuser „mit hoher obligeitlicher Genehmigung“ gebaut — warum sind die auf der Waisenhausstraße zu unternehmenden Bauten verboten, sich von irgendwelchem Beamten nach seinem Geschmack

zustuchen zu lassen! Soll da nicht dem Bauenden die Galle überlaufen und ihn gerechter Unwill erfassen, wenn er seine vorhaben erwogenen Projekte so ohne alle weitere Begründung corrigit sieht, wenn er sich sagen muss, dass sehr wahrscheinlich nur zufälliger Privatunternehmer wegen sein Bau ein anderer, gleichmässiger und unpraktischer werden muss. Wir haben Klagen genug von höchst adäquaten, gerechten Männern gehört, die nichts weniger als sinnlose Bauten auszuführen gedachten und eine Scherze erdulden mussten, dass ihnen beim Erzählen noch das Blut in den Adern kochte. Es wäre an der Zeit, hier einmal eine Gesetzesrevision vorzunehmen und namentlich dafür zu sorgen, dass ein anderer Geist in diese Verwaltung fährt. Freilich erzeugt leicht sich ein solcher Geist in dem nicht, dem er von Natur abgeht, aber für ihr freies Ermessens sollten die Verwaltungsbeamten unter Umständen mehr verantwortlich gemacht werden können, als es jetzt möglich ist.

Man schreibt uns: Hier in Dresden, wo so unendlich viel Fahrwerk ist, gibt es Niemanden, der den Pferdefocht sammelt; in jeder kleinen Stadt und auf den Dörfern laufen Kinder und Weiber mit Karren herum und lesen oder schreiben den guten Dünker zusammen. Hier wird er mit in das allgemeine Recht integriert. Namentlich auch im Winter, wo es einige Tage gefriert, muss er frisch gesammelt werden, denn wenn es regnet, ist er dann ausgewaschen. Hier, wo es so viele Gärtner gibt, die Stallungen laufen, kann sich irgendemand, der nur einige Straßen täglich bestimmt aufzuräumen, wie Pferische, Rampsche &c., wo viel gefahren wird, ein ganz gutes Tagelohn ohne große Mühe verdienen.

Als gestern früh der 1.8 Uhr von hier nach Leipzig über Döbeln abgefahren Personenzug bis in die Nähe von Bieschen gekommen war, hatte sich plötzlich ein Defect an der den Zug führenden Maschine gezeigt, infolge dessen dieselbe dienstunfähig wurde. Der Zug musste hierauf bis in die Abgangshalle zurückgebracht werden und konnte erst nach einem Aufenthalt von etwas über eine Viertelstunde mittels einer andern Maschine weiter fahren. Von besonderen Glücksumständen dürfte hier wohl zu sprechen sein, dass dieser Defect — wie man hört ein Loslösen der Kuppelstangen, schon eintrat, ehe der Zug in seiner schnellsten Bewegung war.

Um der mit ihren Lotterieprospecten sehr zudringlichen Firma Gebührer Lüttfeld in Hamburg, welche unter dem Motto: „Wo gewinnt man dieses Geld? Bei Gebührer Lüttfeld“ ganz Deutschland turbt, einen Denkettel zu geben, sendte fröhlich ein Einwohner Jittau s die erzielten Drucksachen als unfrankirten Brief an die Abfender zurück mit der salomonischen Bemerkung: „Wer bezahlt das Portogeld? Die Gebührer Lüttfeld.“ Hoffentlich wird diese Quälerei nun aufhören.

Die vorgerückte außerordentliche Generalversammlung der Ketten- und Eisenbahnen-Gesellschaft der Oberelbe, welche von 50 Aktionären mit 735 Aktien und 192 Stimmen bestückt war, genehmigte nach kurzer Debatte einstimmig die Vermehrung des Aktienkapitals um 200.000 Thlr. Diese Mittel sollen zu Vermehrung des Betriebsmaterials, Errichtung einer Werk- und Legung der Kette auf der unteren Saale verwendet werden. Die Emision wird mutmaßlich erst im nächsten Jahre mit einem Etagio zu Gunsten des Kettverbunds erfolgen.

Die am Mittwoch im Gschäft zu Blasewitz abgehaltene Beitragsversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins des Dresdner Elbtals, sowie der Gesellschaft für angewandte Pflanzentunde zu Blasewitz und Umgegend, war eine sehr zahlreich besuchte. Herr Professor Richter aus Tharandt sprach über Arbeitslohn und die landwirtschaftlichen Lehrsysteme. Nachdem Redner über Natural und festen Lohn gesprochen, wurde namentlich der Stücklohn durchzuführen besonders empfohlen, indem dadurch die Arbeit schneller gethan wird. Durch den Naturallohn sollen den Leuten andere Gedanken erwachen und der Auswanderung ein Damm entgegengesetzt werden. Durch feste Löhne und Gratifikation geben, könne man ebenfalls auch gute Leute heranziehen. Andere wurden aber auf die sittliche Ziehung der landwirtschaftlichen Dienstboten ein Auge zu richten empfohlen. Der Arbeitsmangel, namentlich durch die Eisenbahnen hervorgerufen, sei chronisch und durch dieselbe die Löhne teurer geworden, welche auch nicht anders werden und nur eine Ausgleichung durch Steigerung der Produkte finden können. Sehr viel Handarbeit kann aber erspart werden durch Zusammenlegung der Grundstücke, sowie durch Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen &c. Der Vortrag wurde mit großem Dank belohnt. Ein Mitglied wünschte die Regelung der Arbeiten der Dienstboten durch die Gesetzgebung, indem durch die zu milde Gesetzgebung die Landwirtschaft geschädigt würde. Eine bezügliche Eingabe zum nächsten Landtag wurde in Aussicht gestellt. Herr Hofrat Prof. Dr. Stöckhardt sprach über das Wachsthum der Weizenpflanzen und über die Cultur der Weizen. Nachdem derselbe in eingehender Weise zu verwendenden Düngemitteln namentlich aufgeführt und wie solche bei verschiedenen Bodenclassen zu verwenden, überzeugte derselbe durch Zahlen wie solche auf der Versuchstation Königswarthe von Jahr zu Jahr Erfolg gehabt und empfahl schließlich das Pratieren der Weizen. Auch dieser Vortrag wurde mit großem Dank angenommen und durch Aufstehen von den Söhnen zu erkennen gegeben.

Der Gemeinderath in Blasewitz hat in Folge eines Gesuches des dafelbst mit 200 Thlr. angestellten Hilfslehrers, nach dem Vorschlag des Ortsvorstandes Tauscher mit volliger Einstimme Alle, dem Hilfslehrer sowohl, der schütern nur um eine kleine Zulage bat, als auch dem ersten Lehrer der Volksschule, ohne dessen Ansuchen, jedem bald andere Gemeinden dem hochherzigen Beispiel der Blasewitzer Gemeinde folgen, den Lehrern der Jugend, den Gründern geistiger und sittlicher Volksbildung eine ähnliche ehrenvolle Freude bereiten. — Vivat sequens!

\*) Soviel wir hören, wird der Besitzer dieses mißliche Geschäft durch die Behörde selbst bestrafen lassen.